

Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe Juli 2021



Editorial

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Europa-Union!

Im September tritt Angela Merkel als Kanzlerin ab. Eine beeindruckende Regierungschefin, die großes Ansehen in ganz Europa genoss. Als erfahrene Krisenmanagerin und Brückenbauerin konnte sie im Europäischen Rat zuletzt den Europäischen Wiederaufbaufonds auf den Weg bringen, nachdem die „sparsamen Vier“ eingelenkt hatten. Reicht das für einen langfristigen europapolitischen Nachlass? Oder braucht es neuer politischer Impulse aus Deutschland nach den Wahlen im September? Dieser Frage gehen wir in diesem Mitgliederbrief nach.

Wer den aufregenden Polit-Abend der „Brüsseler Spitzen“ am 30. Juni 2021 in der hessischen Landesvertretung verpasst hat, kann nachlesen, wie sich die Delegationschefs der deutschen Parteien im Europäischen Parlament die europäische Zukunft vorstellen, wenn sie in Berlin mitregieren sollten. Als Europa-Union sind wir schon ein bisschen stolz, dass es uns gelang, unter der kompetent-spritzigen Moderation unseres Vorstandsmitglieds Ottmar Berbalk die Standpunkte der Abgeordneten Pieper (CDU), Geier (SPD), Beer (FDP), Meuthen (AfD), Giegold (GRÜN) und Schirdewan (LINKE) aufeinanderprallen zu lassen. Unser Neuzugang im Vorstand, Klemens Kober, hat die Zusammenfassung dieser zwei kurzweiligen Stunden erstellt. Zur Vertiefung bieten wir Ihnen außerdem an, mit dem Generalsekretär der Europäischen Bewegung in Deutschland, Bernd Hüttemann, einen Streifzug durch die Parteiprogramme zu unternehmen. Keine Angst: so langweilig sind die gar nicht, wenn es um Europa geht!

Außerdem richten wir den Blick nach vorn. Die Zukunftskonferenz hat begonnen, doch in Deutschland scheint das medial kein großes Thema zu sein. Wo liegen die Chancen? Der frühere Premierminister Belgiens und erklärte Föderalist, Guy Verhofstadt, hat für uns zu

Papier gebracht, was er von der Konferenz erwartet. Dazu tritt ein kritischer Beitrag der Oberkirchenrätin Frau Hatzinger. Ebenfalls ehrenamtlich bei uns im Vorstand engagiert, arbeitet sie aus Sicht der Zivilgesellschaft die kritischen Punkte der Zukunftskonferenz heraus. Handelt es sich etwa um eine „Mogelpackung“, in der die Beteiligung der Bürger in Wirklichkeit gar nicht ernstgenommen wird? Will man nicht eigentlich nur Präsident Macron befriedigen, damit zumindest „etwas“ aus seiner berühmten Sorbonne-Rede auf europäischer Ebene herauskommen wird?

Schließlich stellen wir Ihnen über unsere zehn Fragen unseren Neuzugang im Vorstand, Theresa Geyer, vor. Sie wird im Vorstand das Angebot für Praktikanten und jüngere Leute fest im Blick haben. Zur Nachwuchsförderung kann ich Ihnen auch mit Freude mitteilen, dass die von Benjamin Feyen, Benjamin Hartmann und Theresa Geyer auf die Beine gestellte Online-Veranstaltung zu Karriere-Chancen in Brüssel ein absoluter „Renner“ geworden ist. Über 300 junge Leute haben sich für das Brüsseler Parket interessiert und wir haben über 50 Chat-Fragen mit Hilfe von der EPSO-Expertin Heike Grass in Rekordtempo bearbeitet! Außerdem hat Botschafter Clauss in bewährter Manier am 28. Juni 2021 in der Landesvertretung Baden-Württemberg den letzten Europäischen Rat im Hybrid-Format beleuchtet. Auch hier war es uns ganz wichtig, Ihre Fragen aus dem Netz ins Podium einzuspeisen, um einen direkten Kontakt zu ermöglichen.

Damit bleibt mir, Ihnen einen hoffentlich sorgenfreien Sommer-Urlaub zu wünschen. Vielleicht gelingt es ja tatsächlich, ein Stück Freiheit und Normalität zurückzuerlangen. Man muss ja nicht immer an Politik und Europa denken. Wenn Sie diesen Mitgliederbrief geschafft haben, können Sie getrost die Seite umblättern und Ihre sicher verdiente Auszeit genießen

Ihr Prof. Dr. Frank Hoffmeister (Vorsitzender)

Gastbeitrag

Europa in der Bundestagswahl

In weniger als drei Monaten finden in Deutschland die Bundestagswahlen statt und das Thema Europapolitik zieht sich wie ein roter Faden durch die Wahlprogramme. Dies ist der beste Beweis dafür, dass Europapolitik stets Innenpolitik ist. Deutschland, als stärkste Volkswirtschaft und größter Mitgliedsstaat der Europäischen Union, fällt dabei eine besondere Verantwortung zu.



Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat zumindest im Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ gezeigt, wie Deutschland sich für eine zukunftsorientierte einsetzen sollte. Eine Glanzleistung war das Wiederaufbauinstrument NextGenerationEU, aber in vielen anderen Bereichen tat sich Deutschland schwer, Europapolitik ganzheitlich zu betrachten. Umso erfreulicher ist es für die Europäische Bewegung Deutschland (EBD), dass wichtige EBD-Prioritäten Eingang in die Wahlprogramme unserer Mitgliedsparteien gefunden haben.

So gibt es klare Bekenntnisse zu einer reformorientierten realistischen wie auch mutig auszurichtenden Zukunftskonferenz der Europäischen Union. Die Unionsparteien, die Liberalen und die Grünen erwägen sogar Vertragsänderungen, sollten diese ein geeignetes Mittel zur Umsetzung der Beschlüsse der Zukunftskonferenz sein.

Mit Weitblick und Realitätssinn sprechen sich die EBD-Mitgliedsparteien zudem für eine Stärkung des Parlamentarismus auf EU-Ebene aus. Ein Initiativrecht zu Gesetzesvorlagen für das Europaparlament, ein kohärentes europäisches Wahlrecht, die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat und eine Stärkung des EU-Werkzeugkastens zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit - hier sind sich CDU/CSU,

SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, Volt Deutschland und mit wenigen Abstrichen auch die Freien Wähler in ihren Forderungen einig.

Dagegen uneins bleiben sich die politischen Bündnisse bei europäischen Steuern. Hierbei geht es weitestgehend um neue Eigenmittel im EU-Haushalt und NextGenerationEU und gerade die gemeinsame Anleiheaufnahme muss für FDP und CDU/CSU ein einmaliger und zeitlich begrenzter Schritt sein. Diese Frage wird uns im krisengeschüttelten Europa weiter begleiten.

Die Beispiele zeigen: Europapolitik hat sich zu einem gewichtigen Querschnittsthema im Bundestagswahlkampf entwickelt. Die EBD ist im Gespräch mit allen Mitgliedsparteien, um die deutsche Europapolitik und damit Deutschlands Handlungsfähigkeit in der Welt zukunftsfest zu gestalten.

Was auch immer der Ideenwettbewerb zukünftiger Koalitionen und Koalitionäre ist: besonders freut es die EBD, dass zentrale EBD-Forderungen nach einer verstärkten Europakoordinierung Eingang nun Teil der Wahlprogramme sind. Eine kohärente deutsche Europapolitik ist für die Zukunft des Landes und des Kontinentes die Forderung an eine neue deutsche Bundesregierung.

Wir freuen uns auf die Bundestagswahl am 26. September, die Deutschlands Rolle in der EU bestimmen wird.

Autor: Bernd Hüttemann, Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland

Bildnachweis: EBD/K.Neuhauser

Was kann Europa von der Bundestagswahl erwarten?

Auf Einladung der Europa Union Deutschland, Ortsverband Brüssel, diskutierten am 30.06.2021 in der Landesvertretung Hessen sechs deutsche EU-Abgeordnete aus den im Bundestag vertretenen Fraktionen über ihre europapolitischen Vorstellungen für die nächste Bundesregierung: Dr. Markus Pieper (CDU), Jens Geier (SPD), Prof. Dr. Jörg Meuthen (AfD), Nicola Beer (FDP), Dr. Martin Schirdewan (DIE LINKE) und Sven Giegold (GRÜNE).

Unser Vorstandsmitglied Ottmar Berbalk moderierte die lebhafte zweistündige Europaunionveranstaltung gekonnt entlang der aktuell relevantesten EU-Themen wie Wirtschaft und Soziales, Außenpolitik, Raum der Sicherheit,

der Freiheit und des Rechts, sowie die ganz große Frage zur Zukunft der EU. Bereichert wurde die Diskussionsrunde um Fragen der über



dreihundert Zuschauer. Wenige Wochen vor der Wahl zum 20. Bundestag am 26.09.2021, die über den neuen Kanzler oder die neue Kanzlerin des größten EU-Mitgliedslandes entscheiden wird, ist bereits klar, dass der Wahl europaweit große Beachtung geschenkt wird.

In der Begrüßung verdeutlichte die hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, die europapolitische Bedeutung der Bundestagswahlen sowie die wichtige Rolle Deutschlands und der zukünftigen Regierungskoalition für Europa. Dabei sprach sie sich für eine starke, proeuropäische Bundesregierung aus.

In den Eingangsstatements stellten die Abgeordneten ihre zentralen europapolitischen Vorstellungen in den Vordergrund. Nicola Beer forderte, Deutschland solle einen neuen Aufbruch in Europa mitgestalten, um einem Auseinanderdriften der EU entgegenwirken. Denn Initiativen für weitere EU-Integrationsschritte hätte Berlin selten schnell und kraftvoll beantwortet.

Mit Blick auf die EU-Zukunftskonferenz sprach sie sich auch für institutionelle Reformen unter stärkerer Bürgerbeteiligung aus. Dr. Markus Pieper empfahl den ehemaligen Europaabgeordneten und Kanzlerkandidaten Armin Laschet als „glühenden Europäer“ und forderte eine europäische „Verteidigungsgemeinschaft ohne Wenn und Aber“. „Mehr Europa“ sei nötig und auch im deutschen Interesse. Jens Geier lobte das Investitionspaket Next Generation EU als zentrales Instrument, um Europa aus der

Corona-Krise zu führen. Europapolitische Schwerpunkte sah er bei den Themen Steuergerechtigkeit, Klimaneutralität und neue Herausforderungen in der Außenpolitik: „Das Einstimmigkeitsprinzip ist nicht mehr zeitgemäß“. Vielmehr seien Mehrheitsentscheidungen nötig, um die EU als „Akteur für eine menschenrechtsgesteuerte Außenpolitik“ zu stärken. Sven Giegold betonte: „Eine Bundestagswahl ist immer auch eine Wahl für Europa“. Zentral sei es nun, den nachhaltigen Wohlstand zu stärken. Dabei gelte: „Europa braucht Strukturen die handlungsfähig sind.“ Prof. Dr. Jörg Meuthen sprach sich gegen die in den Römischen Verträgen festgelegte „Ever closer Europe“, gegen den Green Deal sowie weitere Kompetenzverlagerungen auf die EU-Ebene aus und forderte eine Fokussierung auf den Binnenmarkt, Umwelt- und Naturschutz sowie die Außengrenzen. Dr. Martin Schirdewan analysierte die Bedeutung der Bundestagswahlen: „Europa schaut genau auf Berlin“. Er sah europapolitische Schwerpunkte in der Krisenbewältigung, der Armutsbekämpfung, dem digitalen Wandel, Klimaschutz sowie der Verteidigung der Demokratie.

Im Themenblock Wirtschaft und Soziales gab es an vielen Stellen parteiübergreifend Übereinstimmung darin, ein stärkeres europäisches Handeln zu ermöglichen und zu realisieren. Einzig Prof. Dr. Jörg Meuthen warnte hiervor. Einig waren sich die meisten Panelisten darin, dass Europa in der Corona-Krise solidarisch reagiert habe und so letztendlich gestärkt daraus hervorgegangen sei. Über den besten Weg zu den gemeinsamen Zielvorstellungen wurde dabei lebhaft diskutiert, insbesondere über weitere Schuldenaufnahme, einen EU-Investitionshaushalt und die parlamentarische Kontrolle des Prozesses.

Der Themenblock „Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts in der EU“ war von einer sehr lebhaften Diskussion um Grund-

werte und Rechtsstaatsverstöße in verschiedenen Mitgliedsstaaten wie Bulgarien, Malta, Slowenien, Tschechien und Ungarn geprägt. Angesichts aktueller Rechtsstaatsverstöße sahen viele Panelisten die slowenische Ratspräsidentschaft mit Sorge. Bis auf Prof. Dr. Jörg Meuthen waren sich die Panelisten einig in der Forderung, Rechtsstaatsmechanismen zu stärken und über weitere Sanktionsinstrumente, auch im Rahmen der Zukunftskonferenz nachzudenken. Zur Sprache kam auch das von der EU-Kommission angestrebte Vertragsverletzungsverfahren gegen

Deutschland zur Rolle der EZB, zu dem sich unser Vorstandsvorsitzender Frank Hoffmeister kürzlich im Jura Podcast der ARD-Rechtsredaktion ausführlich geäußert hatte.

Auch der Themenblock Außenpolitik, der sich mit der Weltpolitikfähigkeit der EU beschäftigte, wurde teils kontrovers diskutiert. Während sich die meisten Panelisten für ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips aussprachen, widersprach Prof. Dr. Jörg Meuthen und betonte, dass die EU keine Rolle als globaler Machtakteur anstreben sollte. Auch über die Frage nach dem Umgang mit nicht demokratisch verfassten Staaten wurde lebhaft gestritten. Dabei ging es etwa um Nachhaltigkeitspflichten in Handelsbeziehungen mit Drittstaaten, das EU-China Investitionsabkommen und die Beziehungen mit den USA und der Türkei. Für die Außenbeziehungen wurde dabei vorgeschlagen, Lehren aus den Brexit-Verhandlungen zu ziehen, bei denen die EU erfolgreich an einem gemeinsamen Strang zog. Für alle Panelisten sind die Kopenhagener Kriterien die *conditio sine qua non*, die weitere Beitrittskandidaten erfüllen müssen.

In der Abschlussrunde skizzierten die Panelisten, was sie vom nächsten Kanzler oder der nächsten Kanzlerin für EU erwarten. Dabei zeigten sich teils große parteipolitische Unterschiede – von der Forderung nach einer „Europäische Republik“ bis hin zu einer EU-Verschlingung. Mehr EU-Kompetenzen wurden dabei insbesondere in den Bereichen Außenpolitik und Klimaschutz, aber auch Sozialpolitik und Digitalisierung gefordert, ergänzt um eine stärkere Rolle des Europaparlaments. Teilweise wurde auch eine stärkere Beachtung des Subsidiaritätsprinzips angemahnt, sowie eine verstärkte Zusammenarbeit williger EU-Mitglieder, um Blockaden für weitere Integrationschritte zu überwinden. Das Schlusswort sprach unser Vorsitzender Prof. Dr. Frank Hoffmeister: Sein Fazit zur hochkarätigen Bundes-

tagswahldiskussion durch die Brüsseler Brille: „Spannender als die Berliner Elefantenrunde“. Er schloss mit einem Appell an alle Europa-Interessierten, sich an der Mitgestaltung Europas zu beteiligen.

Autor: Klemens Kober, DIHK, Referatsleiter Handelspolitik, transatlantische Beziehungen und EU-Zollfragen.

Bildnachweis: Hessische Landesvertretung

“Europe has to learn how to play the global power game“

In The Game, Italian writer and thinker Alessandro Baricco describes how our societies are changing through digitisation. All successful products and institutions, he concludes, are now set up like a game of “Space Invaders” of the late 1970s, at the start of the digital revolution, or an iPhone today: they are attractive and flexible. Only the clear-cut choices are clear on the outside, the complexity is hidden inside. Simplicity and freedom to choose are absolute.

These days, Baricco says, everything runs that way: from your bank to your retail shops, your music to your media... and what does not work that way is destined to fail and fade away. For politicians in traditional parties and institutions reading his book, he adds: ‘yes, you may start to become nervous’.



The EU is the opposite of the ‘Game’ Baricco describes: slow and serious, collective and cumbersome, difficult to read and even more difficult to change course. So the question of how to adapt the old EU to the new rules of today’s society is an important one. It is above all a question of democratisation: The Game is all about letting people decide, recognising them and answering their ideas and identities.

I am not as pessimistic as Baricco: European integration as a system is a recognition and an extension of the complex world we live in. It can work, and it definitely has a better chance than pretences of 19th century-style national sovereignty. But there is reason to become slightly nervous: European politics has failed to adapt to today’s world. We are not ‘playing the game’ by today’s rules, and that’s why we lose much more often than we should. In that light, the Conference on the Future of Europe is not just about renewing the EU and making it more democratic. It is essentially about renewing our democracies as such, revisiting our politics so that they are fit for purpose in the 21st century.

But ‘democracy’ means many things. One is effectiveness, and Europe is underperforming in many ways: We have not shown the neces-

sary power, experience and solidarity to tackle a health crisis like the one we’re now going through. We need to draw the lessons from Europe’s missed start in the Covid pandemic to do better in the future. We need a real European health union.

We have an older problem in foreign affairs: We are just a pawn in other powers’ geopolitical games, China and Russia first of all. And we’re being pushed around by global players like Facebook and Apple. Our failure to act is a result of institutionalised weakness. The unanimity rule makes it impossible for the EU to defend its interests and credibility.

A second aspect of democracy concerns rights and freedoms: EU integration has been enormously important to enshrine rules, rights and freedoms into our societies. But that process has stalled, and often even retrenched. We need the EU to be better and bolder in defending rights, freedoms and the rule of law.

A third aspect is increasingly problematic in an era of simple choices: the ‘readability’ of EU politics. People agree the EU level should play a large role, but they cannot see who holds power in Europe or how they can control it. “Sofagate” is a symptom of the EU’s inability to speak with one voice abroad, and to show one face to its own citizens. Again: a self-imposed and institutionalised weakness.

It is connected to a fourth element of democratic politics: the impact of elections. The turnout in EU elections was very high last time, in 2019. People know it matters. Yet they also want the outcome of those elections to be more

decisive in who calls the shots in Brussels. We need more duality between Parliament and ‘government’ in Europe. And whatever happened to transnational lists and Spitzenkandidaten in the past, we cannot keep giving people the impression their vote counts while keeping real power out of their hands when it’s decided who really runs the EU.

European countries have different democratic traditions and sensibilities for us to build on, and do what European integration has always done: develop state-of-the-art political institutions making us fit to face the future.

Autor: MEP Guy Verhofstadt

Bildnachweis: Media Service, EP

Die Konferenz zur Zukunft Europas – Great expectations

Die Geschwindigkeit in der die Impfstoffe gegen Covid-19 entwickelt wurden, beweist, zu welchen Höchstleistungen die Menschheit fähig ist. Ohne den Forschungsstandort Europa, die kontinuierliche europäische Grundlagenforschung und eine rasche und entschiedene öffentliche Förderung durch die europäischen Regierungen wäre dies nicht möglich gewesen.

Die erste Plenarsitzung der Konferenz zur Zukunft Europas fand am 19. Juni 2021 in Straßburg statt. Ironie der Geschichte: Da sich das Auswahlverfahren verzögert hatte, noch ohne jegliche Bürgerbeteiligung. Während MdEP Guy Verhofstadt, einer der drei Vorsitzenden, betonte, dass die Konferenz notwendig sei, um die EU fit für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu machen, nutzte Ungarns Regierungschef Viktor Orban die Plenarsitzung als Anlass, um auf einer Rede in Budapest zu fordern, dass die nationalen Parlamente der EU-Staaten das Recht bekommen sollten, gesetzgeberische Prozesse im EU-Parlament anzuhalten, sollten nationale Kompetenzen verletzt sein. Das Europäische Parlament habe sich in Bezug auf Kriterien der europäischen Demokratie als Sackgasse erwiesen, so Orban. Die Aussagen der Politiker zeigen exemplarisch das Spannungsverhältnis, in dem sich die Konferenz bewähren muss. Während Pro-Europäer sich von der Konferenz Impulse für mehr Integration versprechen, steht die Polemik des ungarischen Premiers stellvertretend für diejenigen, die den Einfluss Brüssels auf die nationale Politik einschränken möchten.

Basierend auf einer Idee des französischen Präsidenten Emmanuel Macron aus dem Jahr 2019 und aufgegriffen von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu Beginn ihres Mandats sollen europäische Bürgerinnen und Bürger nunmehr knapp ein Jahr lang die Gelegenheit haben, über verschiedene europäische Zukunftsthemen zu diskutieren und ihre Erwartungen und Ideen an die EU vorzubringen.

Ursprünglich sollte der Startschuss für die Konferenz bereits am 9. Mai 2020 fallen.

Angedacht war eine Dauer von zwei Jahren. Doch die pandemiebedingten Restriktionen und ein Streit unter den EU-Institutionen über die Finalität und die Vorsitzfrage sorgte dafür, dass das Vorhaben erst mit einem Jahr Verspätung umgesetzt werden konnte. Der gefundene Kompromiss besteht nun in einem Triovorsitz, der sich aus dem Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli (S&D/Italien), der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und dem Regierungschef des den Ratsvorsitz innehabenden Mitgliedstaates zusammensetzt. Was die Finalität angeht, sollen die Ideen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger in Form von Schlussfolgerungen im Frühjahr 2022 in die künftige Arbeit der EU-Institutionen einfließen.

Bereits vor dem offiziellen Konferenzauftakt ist am 19. April 2021 als zentrales Element der Konferenz eine mehrsprachige digitale Plattform gestartet worden, die unter dem Einsatz Künstlicher Intelligenz Übersetzungen in Echtzeit vornimmt und pan-europäische Diskussionen ohne jegliche Sprachhürden verspricht. Wer sich aktiv beteiligen möchte, muss sich an die Charta der Konferenz halten, die einen respektvollen Umgang miteinander garantiert. In das Forum einbringen kann man sich auf drei Wegen, indem man an einer Veranstaltung teilnimmt, eigene Ideen teilt oder bestehende unterstützt oder eine eigene Veranstaltung ausrichtet. Die Zukunftskonferenz stellt Leitfäden und Kampagnenmaterial zur Organisation eigener Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Konferenz soll ein breites Spektrum an Themen behandeln, die bereits vorgegeben sind. Es reicht vom Kampf gegen den Klimawandel, über Wirtschaft für die Menschen, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, intergenerationelle Solidarität, digitaler Wandel, Europas Rechte und Werte einschließlich der Rechtsstaatlichkeit bis hin zu den Herausforderungen durch die Migration. Darüber hinaus können die Teilnehmenden aber auch eigene Themen einbringen.

Die Grundstruktur der Konferenz besteht aus drei zentralen Säulen: nämlich dem sog. Exekutivkomitee, der Plenarversammlung und den Bürgerforen, die sich ihrerseits in europäische Bürgerforen und Bürgerforen auf nationaler und regionaler Ebene unterteilen.



Das Exekutivkomitee soll den Konferenzablauf überwachen und die Sitzungen des Konferenzplenums vor- und nachbereiten. Es setzt sich aus den Präsidenten der drei EU-Institutionen und ihren Stellvertretern sowie Vertretern von Rat und Parlament mit

Beobachterstatus zusammen. Mindestens halbjährlich soll – als zweite Säule – eine Plenarversammlung stattfinden, die aus den Vertretern der drei Institutionen, Vertretern nationaler Parlamente, dem Ausschuss der Regionen, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft besteht. Die dritte Säule bilden die sog. nationalen, regionalen und europäischen Bürgerforen aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern. Dabei soll ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung nach Herkunft, Geschlecht, Alter, sozioökonomischem Hintergrund und Bildungsgrad einbezogen werden mit einem besonderen Fokus auf junge Menschen.

Das Anliegen der Konferenz, die EU-Politik angesichts der zahlreichen Herausforderungen stärker an die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger rückzubinden und gemeinsam neue Zukunftsvisionen für die EU zu entwickeln, ist klar zu befürworten. Die Konferenz bietet die Chance, repräsentative und partizipative Demokratie in einem gemeinsamen Format zu kombinieren und neue Impulse für das europäische Miteinander zu generieren. Doch nicht nur angesichts des holprigen Starts erscheinen Bedenken angebracht. So besteht die Gefahr enttäuschter Erwartungen. Weiterhin unklar ist, nach welchen Kriterien, welche Ideen von wem, wie genau aufgegriffen werden und wie der Feed-back-Prozess sich darstellen wird. Angesichts der unterschiedlichen Motivationslage der einzelnen institutionellen Akteure ist auch noch nicht abzusehen, wer sich hinsichtlich der Folgemaßnahmen durchsetzen wird. Das Parlament erhofft sich von der Konferenz Rückenwind für eigene Reformziele etwa zum eigenen Initiativrecht und würde auch Vertragsänderungen befürworten.

Die Mitgliedstaaten stehen dem ganzen Unterfangen weitestgehend skeptisch bis ablehnend gegenüber. Der institutionelle Streit ist für den Moment beigelegt, er schwelt aber weiter und dieser Konflikt behindert die benötigte Transparenz, Sichtbarkeit und Effektivität der Konferenz. Schließlich zeichnet sich ab, dass angesichts des eher geringen Bekanntheitsgrads der Konferenz, des begrenzten Zugangs zu den Bürgerforen

(Zufallsprinzip) und angesichts der Hürde der Registrierung auf der online-Plattform eher diejenigen vorrangig das Wort ergreifen und die Debatte prägen, die sich ohnehin besonders pro- oder eben anti-europäisch engagieren. Der Mehrwert der Konferenz bestünde aber gerade darin, authentische Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern aus allen EU-Mitgliedsstaaten und aus möglichst allen Bevölkerungsschichten zu hören und Menschen und Meinungen miteinander in Austausch zu bringen. Es bleibt abzuwarten, ob die Stimme der „stillen Mehrheit“ (Ursula von der Leyen) über die genannten Instrumente ausreichend Gehör finden wird, um der europäischen Demokratie tatsächlich neuen Schwung zu verleihen. Eine Konferenzdauer von einem knappen Jahr scheint dafür nicht ausreichend. Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über Grenzen hinweg muss auch über 2022 hinaus weitergehen.

Den Link zur Konferenzplattform finden Sie unter: <https://futureu.europa.eu/?locale=de>

Autorin: Katrin Hatzinger, OKR'in Katrin Hatzinger, Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Der Bevollmächtigte des Rates, Leiterin der Dienststelle Brüssel

Bildnachweis: Foto Privat

10 Fragen an... Teresa Geyer

Wir freuen uns, Euch heute im Interview unser Vorstandsmitglied Teresa Geyer vorzustellen.

1. Tätigkeit:

Assistentin im Ausschuss für Wirtschaftsangelegenheiten des Ausschusses der Regionen, Schwerpunkt ist die Betreuung des RegHub Netzwerks, einem Zusammenschluss lokaler und regionaler Behörden zur Bewertung der Umsetzung von EU-Gesetzen



2. In Brüssel seit:

Ich bin "fest" in Brüssel seit September 2019, zum ersten Mal aber schon 2015 - im Rahmen eines Praktikums in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg.

3. Hobbys:

Gut Kochen und Essen, joggen im Bois de la Cambre, Belgien erkunden (und nach Corona auch wieder alles darüber hinaus), Lesen, Acryl- und Öl-Malerei.

4. Man trifft mich in Brüssel:

Im Europa-Viertel, im Bois de la Cambre und (fast) jedes Wochenende auf einen frühen Kaffee auf dem Flagey-Markt.

5. Einer meiner Lieblingsaussichtspunkte in Brüssel:

Solange noch nicht gebaut wird: der Blick von der Plattform hinter der Colonne du Congrès über die Stadt.

6. Meine Buchempfehlung:

"Die Tagesordnung" von Éric Vuillard.

7. Lieblingszitat oder Motto:

"Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden." (Hermann Hesse)

8. Bei der Europa-Union bin ich dabei:

...weil sich Demokratie in Europa nicht auf den Kontext des Nationalstaats beschränken lässt. Sie muss nicht nur dort, sondern in allen Mitgliedsstaaten und darüber hinaus von engagierten Demokraten erklärt und verteidigt werden. Vielleicht können wir als Verband in Brüssel nicht jede*n Europäer*in erreichen, aber wir können gemeinsam mit unseren Partnerverbänden dazu beitragen, die Europäische Idee greifbarer zu machen.

9. Europa bedeutet für mich:

...persönlich, dass ich ohne große Hürden in Brüssel arbeiten darf und stets Freunde und Familie in anderen Ländern besuchen kann. Darüber hinaus ermöglicht uns die Europäische Union einen einzigartigen Erfahrungsaustausch im politischen, kulturellen und privaten Raum, der es uns erlaubt die Lebenswirklichkeiten unserer Miteuropäer*innen zu verstehen und zu verbessern und gemeinsam Lösungen

für europäische und auch globale Herausforderungen zu finden.

10. Mein Wunsch an Europa:

...dass seine Bürger*innen sich nicht von populistischen Strohfeuern und kurzfristigen Versprechungen täuschen lassen, sondern den großen Mehrwert des europäischen Projektes und der Demokratie erkennen und dass sich daraus eine wirkliche europäische Öffentlichkeit bildet, die sich aktiv und konstruktiv an der Gestaltung der Europäischen Union beteiligt.

Bildnachweis: Lukas Haber

Impressum

Europa-Union Deutschland e.V. Verband Brüssel

c/o UEF

Rue d'Arlon 53

B - 1000 Brüssel

E-Mail: info@eud-bruessel.eu

www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Lars Koenig, Ilka Wölfle

Redaktionsschluss: Juni 2021

Bankverbindung:

Konto: 363-0201214-76 (ING)

IBAN: BE91 3630 2012 1476

BIC: BBRUBEBB